



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 377 Anfrage Meier Anja und Mit. über Transparenz bei Steuerabzügen für Zuwendungen an politische Parteien / Finanzdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Besten Dank für die Antworten. Die vorliegenden Zahlen der Steuerverwaltung zeigen, dass die Politikfinanzierung durch Private in unserem Kanton lebt. Pro Jahr machen Private in ihrer Steuererklärung etwas mehr als 2 Millionen Franken für Zuwendungen an politische Parteien geltend. Politikfinanzierung durch Private ist nicht per se verwerflich. Sie spielt in einem demokratischen und liberalen Staat eine legitime und wichtige Rolle. Doch wo hört die berechtigte Teilnahme finanzieller Art von Privatpersonen an Wahlen und Abstimmungen auf? Und wo fangen finanzielle Abhängigkeiten an, welche dann möglicherweise auch zu politischen Abhängigkeiten werden können? Geld spielt in unserer direkten Demokratie eine immer wichtigere Rolle. Finanzielle Ressourcen sind ein zentraler Faktor für die Sichtbarkeit einer Kampagne, für die Meinungsbildung und somit auch indirekt für den Ausgang an der Urne. Auch für Parteien wird die Suche nach Spendengeldern immer wichtiger. Expertinnen und Experten sind sich darin einig, dass die politische Willensbildung von gewissen Interessengruppen beeinflusst und abhängig werden kann. Die Schweiz ist europaweit übrigens das einzige Land ohne gesetzliche Regelung zur Offenlegung der Parteifinanzien. Doch jetzt tut sich etwas: Im Herbst kommt die eidgenössische Transparenz-Initiative zur Abstimmung. Auch in der Stadt soll jetzt eine kommunale Transparenzregelung ausgearbeitet werden. Es ist begrüssenswert, dass die Gemeinden von sich aus transparent arbeiten können. Doch mit Verlaub, das reicht noch nicht. Je nach Entwicklung wird auf eidgenössischer Ebene entweder die nationale Initiative angenommen oder der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments tritt automatisch in Kraft. Es ist klar, dass auf nationaler Ebene etwas kommt. Die SP ist deshalb umso mehr der Ansicht, dass wir die sich abzeichnende Transparenzlücke bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen jetzt mit einer kantonalen Luzerner Rechtsgrundlage stopfen müssen, denn kantonale Wahlen und Abstimmungen sind von den nationalen Entwicklungen nicht betroffen. Es ist bedauerlich und unverständlich, dass die Luzerner Regierung nicht vorhat, gesetzgeberisch tätig zu werden. Andere Kantone haben mit ihren unterschiedlich ausgestalteten kantonalen Bestimmungen teilweise schon seit Jahrzehnten gute Erfahrungen gemacht. Das Thema geniesst auch in der Luzerner Bevölkerung einen grossen Rückhalt. Wir finden, dass ein kantonales Luzerner Offenlegungsreglement für Abstimmungskomitees, Parteien und Kandidierende bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie eine Namensnennung bei Grossspenden wichtig und richtig wären. Denn heikel sind nicht die etwas mehr als 5000 Kleinspenderinnen und Kleinspender in unserem Kanton, dort soll und muss die Privatsphäre geschützt werden. Problematischer

sind die pro Jahr mindestens 60 Luzerner Grossspenden von mindestens 5300 Franken zugunsten von Parteien. Wer so hohe Beiträge spendet, nimmt potenziell Einfluss auf die demokratische Meinungsbildung. Um vielleicht einige Gegenargumente vorwegzunehmen: Um ein Bürokratiemonster würde es sich bei einem Offenlegungsreglement nicht handeln. Die Parteien und Komitees führen sowieso Bilanz, und weil nur grosse Spenden betroffen wären, müssten nur wenige Angaben gemacht werden. Es ist wichtig aufzuzeigen, wo Geld fliesst, das politische Abhängigkeiten schaffen könnte. Demokratie lebt von Offenheit und Transparenz. Transparenz ist für uns alle ein sehr preiswertes Mittel, welches für die Politik aber einen grossen Nutzen schafft, nämlich Vertrauen. Vertrauen in die Politik können wir in diesen besonderen Zeiten sehr gut brauchen.

Peter Fässler: Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich die Antwort der Regierung zur Anfrage von Anja Meier las, speziell jene zu Frage 1. Ich lese da Folgendes: «Wir gehen davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger durchaus in der Lage sind, das politische Geschehen nach ihren eigenen Kriterien kritisch zu beurteilen. Dementsprechend sind wir überzeugt, dass sich die Stimmberechtigten auch von finanziell aufwendigen Abstimmungskampagnen nicht gross beeinflussen lassen.» Wenn das doch nur so einfach wäre. Denn wie komme ich als Bürger zu meinen eigenen Kriterien? Doch nur durch Informationen, die ich auf verschiedenen Wegen selber einhole oder die mir teilweise penetrant aufgedrängt werden. Die Abstimmungsthemen sind ja heute so vielfältig und teilweise in ihren Konsequenzen undurchschaubar. Da bleiben mir folgende Möglichkeiten: Ich stecke den Kopf in den Sand und verschliesse Augen und Ohren, und das Stimmkuvert landet ungeöffnet bestenfalls im Altpapier. Oder ich gehe an Podien, lese Broschüren, Stimmempfehlungen und Zeitungen, bis ich nicht mehr weiss, wo mir der Kopf steht. Oder ich folge der Meinung, die mir die meisten politischen Plakate, Flyer oder Broschüren suggerieren – und da sind wir am Punkt, der Anja Meier am Herzen liegt. All diese Werbemittel kosten Geld, und sie sind offenbar effizient. Weshalb würden sonst PR-Agenturen florieren und Parteien und Verbände auf diese Kommunikationsmittel setzen? Als gewinnorientierte Unternehmen wissen diese Firmen schon, wo sich Geld machen lässt. Und die Parteien wissen auch ohne gewinnbringende Produkte, jedenfalls nicht finanziell, wie und wo sie ihr wenigstes, bei manchen auch vieles Geld einsetzen, nämlich bei der Werbung oder schöner gesagt bei der Information der Bürger. Genau als dieser Bürger habe ich doch das Recht zu wissen, woher das Geld für all diese Kampagnen kommt – dies im Sinn einer fairen, sauberen Demokratie.

Claudia Wedekind: Die Antworten der Regierung auf die Fragen von Anja Meier erscheinen der CVP schlüssig und nachvollziehbar. Es gibt lediglich drei Punkte, welche ich kurz erwähnen möchte. Punkt eins: Seitens der CVP gilt es die in der Antwort erwähnte Haltung hervorzuheben und zu unterstützen, dass die Bevölkerung durchaus in der Lage ist, das politische Geschehen nach eigenen Kriterien und Überzeugungen kritisch zu beurteilen. Punkt zwei: Zudem sind Steuerabzüge der Zuwendungen an politische Parteien auf maximal 5300 Franken begrenzt, was eine übermässige Beanspruchung dieser Abzugsmöglichkeiten verhindert. Dabei ist festzuhalten, dass der Mittelwert der Zuwendungen unter 200 Franken liegt. Punkt drei: Die grossen Zuwendungen erhalten die Parteien von den Mandatsträgern. Neben den grösseren und kleineren Beiträgen von Mandatsträgern bleibt fast niemand mehr übrig. Somit kann kaum von einer übermässigen Beeinflussung der Politik durch finanzielle Beiträge ausgegangen werden. Zudem sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch dank der grossen Parteienvielfalt in der Lage zu beurteilen, welche Partei für welche Interessen einsteht. Somit ist, wie bereits in Punkt eins erwähnt, eine ausgewogene Meinungsbildung gewährleistet. Kurz und bündig zusammengefasst: Die CVP stützt die sachlichen Antworten der Regierung.

Ursula Berset: Es war zu erwarten und die Ausführungen der Regierung machen es klar: Aus den Steuererklärungen kann man keine Transparenz zur Parteienfinanzierung gewinnen. Es war auch zu erwarten, dass der Regierungsrat keine grosse Abhandlung über die Auswirkung von Parteienzuwendungen auf die Abstimmungsergebnisse und Wahlen abgeben wird. Aber die Aussage, die er gemacht hat, ist dann doch etwas abenteuerlich

herausgekommen: «Dementsprechend sind wir überzeugt, dass sich die Stimmberechtigten auch von finanziell aufwendigen Abstimmungskampagnen nicht gross beeinflussen lassen.» Die GLP ist sehr erstaunt, dass der Regierungsrat der Ansicht ist, dass all das viele Geld, das in Wahl- und Abstimmungskampagnen fliesst, keinen Einfluss haben soll. Einig geht die GLP mit dem Regierungsrat darin, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern zutraut, das politische Geschehen kritisch beurteilen zu können. Aber was es braucht, um sich kritisch eine eigene Meinung zu bilden, sind Informationen. Es braucht Fakten, Zahlen und Argumente von beiden Seiten. Es braucht aber auch Transparenz darüber, wer hinter diesen Argumenten steckt und von wem die Personen finanziert werden, welche sich zur Wahl stellen oder sich für ein Anliegen einsetzen. Transparenz ist etwas, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Transparenz ist die Basis, um Vertrauen aufzubauen im privaten Bereich, im Berufsleben und ganz besonders in der Politik. Aber der Regierungsrat sieht leider keinen Handlungsbedarf für Transparenz in der Parteienfinanzierung. Er wiederholt in seiner Antwort seine über sechs Jahre alten Argumente. Es ist Zeit für mehr Transparenz, gerade in der Parteienfinanzierung. Es ist Zeit, eine alte Skepsis abzulegen, so wie das laut Justizministerin Karin Keller-Sutter jetzt auch der Bundesrat gemacht hat, wie sie in der Debatte zur Transparenz-Initiative im Dezember 2020 im Ständerat ausgeführt hat. Der Bundesrat habe festgestellt, dass in der Bevölkerung ein Gesinnungswandel eingetreten sei. Es ist zu wünschen, dass diese Erkenntnis auch bald im Kanton Luzern ankommt.

Andreas Bärtschi: Transparenz bei den Parteien- und Kampagnenfinanzierungen ist ein Dauerthema, und ich bin überzeugt, dass wir in diesem Rat nicht zum letzten Mal darüber diskutieren werden. Um bei diesem Thema eine höhere Transparenz zu schaffen, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Entweder kontrolliert man beim Sender, wie viel Geld er spendet, oder man kontrolliert beim Empfänger, wie viel Geld er von wem erhält. 2017 wurde von linken Parteien auf nationaler Ebene die Transparenz-Initiative eingereicht. Über diese werden wir in den kommenden Monaten abstimmen. In der Initiative wird gefordert, dass Spenden über 10 000 Franken vom Empfänger transparent gemacht werden müssen. Meiner Meinung nach ist das dann auch der bessere Ansatz, als diese beim Sender zu suchen. Dank der Initiative hat die Bevölkerung die Möglichkeit, sich in den nächsten Monaten zu diesem Thema zu äussern. Deshalb besteht aktuell aus Sicht der FDP kein Handlungsbedarf. Die Fragen sind ausführlich beantwortet.

Fabrizio Misticoni: In keinem anderen Land können die Bürgerinnen und Bürger häufiger abstimmen als in der Schweiz. Gleichzeitig wird in keinem anderen Land in Europa so gut verschleiert, wer all die Plakate, Flyer, Inserate oder Extrablätter bezahlt. Die Antwort zu Frage 1 – wir haben es gehört – scheint mir gar eindimensional und bequem im Hinblick auf den offensichtlich fehlenden politischen Willen, daran etwas zu ändern. Wenn ein Spenderclub, eine Donatorengruppe, ein Unternehmen oder eine Privatperson nicht davon ausgehen würden, dass ihre Spende etwas bewirkt, würde kein vernünftig denkender Akteur Geld in die Politik und damit in die Meinungsgestaltung investieren. Wo würde hier der «return on invest» bleiben? Die vorliegende Anfrage beleuchtet allerdings nur einen Teilaspekt der Parteienzuwendungen, nämlich die, welche in der Steuererklärung ausgewiesen werden. Wir stellen fest, dass knapp jeder 40. Steuerzahlende jährlich Zuwendungen ausweist und dass dies ungefähr 2 Millionen Franken ergibt. Ein grosser Teil davon werden auch Mandatsabgaben sein. Die Angaben sind mit Sicherheit nicht vollständig beziehungsweise bilden in keiner Weise die Gesamtsumme der Zuwendungen an politische Parteien, Komitees und andere durchsichtige und undurchsichtige Lobby- und PR-Konstrukte ab. Wir stellen aber auch fest, dass der Regierungsrat die Frage 4 unklar beantwortet hat, ob es möglich wäre, die Zahlen der Parteienzuwendungen auch von juristischen Personen zu eruieren. Die G/JG-Fraktion möchte hier vom Regierungsrat gerne wissen, ob es eine rechtliche Möglichkeit gäbe, damit juristische Personen Parteienzuwendungen in der Steuererklärung gesondert angeben müssten. Ich fasse zusammen: Der Kanton Luzern braucht mehr Transparenz sowohl beim Öffentlichkeitsprinzip wie auch bei den Parteienzuwendungen. Es ist darum schade und mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung und das Vertrauen in die Politik höchst bedenklich,

dass der Regierungsrat klar und deutlich sagt, dass diesbezüglich keine Anstrengungen geplant seien.

Sara Muff: Die Bevölkerung wünscht sich Licht im Dunkeln der Politikfinanzierung. Dies zeigen eine Reihe kantonaler Umfragen und Abstimmungen der letzten Zeit. Gerade in der direkten Demokratie ist es wichtig, mit offenen Karten zu spielen. Eine intransparente Politikfinanzierung ist höchst problematisch. In der Schweiz fehlen auf Bundesebene und in fast allen Kantonen rechtliche Vorschriften, welche die Transparenz der Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen gewährleisten. Es ist stossend, dass die Regierung ihrer Antwort zufolge hier nicht tätig werden will. Gewisse Kantone in der Schweiz haben bereits erkannt, dass Transparenz ein wichtiges Kriterium für die freie Meinungsbildung ist. So haben das Tessin 1998, Genf 1999 und Neuenburg 2013 die Parteienfinanzierung reglementiert. 2018 kamen durch Annahme einer Juso-Initiative Schwyz und Freiburg hinzu, und 2020 wurde eine weitere Juso-Initiative im Kanton Schaffhausen angenommen. Wir sehen also, dass der Wunsch nach mehr Transparenz in der Bevölkerung einen starken Rückhalt geniesst – zu Recht, wie die SP findet. Die fehlende Transparenz des Schweizer Systems wird international stark kritisiert. In der jüngeren Vergangenheit haben sich mehrere internationale Organisationen kritisch zur undurchsichtigen Parteienfinanzierung in der Schweiz geäußert, vorn mit dabei auch die GRECO, das Antikorruptionsorgan des Europarates. Doch auch die OSZE empfahl der Schweiz mehrfach, politische Parteien und Gruppierungen zu verpflichten, die Höhe ihrer Ausgaben sowie die Herkunft ihrer Spenden öffentlich zu machen. Es gibt kein anderes Land, in welchem die Bürgerinnen und Bürger so häufig wählen und abstimmen können. Aus Sicht der SP ist es wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler wissen, woher die Spenden kommen. Dies ist zentral für die freie Meinungsbildung, wie sie in Artikel 34 in der Bundesverfassung garantiert wird. Durch eine transparente Politikfinanzierung zeigen Parteien, Verbände und Organisationen, dass sie die Bevölkerung ernst nehmen, denn diese kann sich nur über die finanziellen Verflechtungen und die daraus resultierenden potenziellen Abhängigkeiten ein gesamthaftes Bild machen und sich gut informieren. Die SP ist der Ansicht, dass durch Transparenz das Vertrauen in die Politik erhöht werden kann. Darauf ist unser System angewiesen, gerade in der heutigen Zeit.

Armin Hartmann: Die Antwort der Regierung ist tatsächlich spannend, weil man am Schluss sagen muss, dass es tatsächlich nicht um so grosse Beträge geht. Es ist beim Ertrag überhaupt nicht relevant, es geht um weniger als 1 Promille unseres Fiskalertrages, welches wir durch die Abzüge verlieren. Es geht jedoch nicht darum, sondern um das Transparenzargument. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es eine falsche Voraussetzung ist, denn das Geld kommt zu einem wesentlichen Teil von den Mandatsträgern. Es fliesst in der Regel in den ordentlichen Betrieb der Parteien. Haben Sie in der Vergangenheit einen Abstimmungskampf erlebt, wo Ihnen etwas Komisches aufgefallen ist? Hat es irgendwo ein Problem gegeben? Ja, vielleicht hat man sich bei der Konzernverantwortungsinitiative Gedanken gemacht, woher hier die ganzen Mittel kommen. Aber die Regierung hat recht damit, dass das Volk mündig ist und sich selber eine Meinung bilden kann. Es ist eine falsche Vorstellung, wenn man denkt, es käme jemand mit einem Plastiksack zu einem Parteipräsidium und übergebe so 100 000 Franken. So etwas gibt es im Kanton Luzern nicht. Ein ehemaliger Kantonsratspräsident hat einmal gesagt, dass wir uns dadurch auszeichnen, dass wir guter Durchschnitt sind, vielleicht sogar überdurchschnittlicher Durchschnitt. Solche Dinge gehören nicht zu Luzern, und es gibt keine Anhaltspunkte, dass dubiose Geschäfte passieren. Den Wunsch nach Transparenz verstehe ich zwar, aber seien Sie doch ehrlich: Die schwarzen Schafe lassen sich auch von der Transparenz nicht aufhalten. Wir haben uns in unserer Partei schon einmal überlegt, die Rechnung öffentlich zu machen, und zwar weil wir zeigen wollten, dass gar nicht so viel Geld vorhanden ist.

Anja Meier: Ja, es ist richtig, ein gewisser Teil dieser Beträge sind Mandatsabgaben. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass diese Zahlen begrenzt sind, weil Zuwendungen an Abstimmungskomitees in diesen Zahlen gar nicht erst auftauchen. Die Dunkelziffer ist wohl noch viel höher. Zu den Abstimmungen: Die Luzerner Bevölkerung hat im September 2020

anlässlich der Abstimmung zu transparenten Vormieten auch zu verstehen gegeben, dass sie sich mehr Transparenz wünscht. Nach der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative wurde von bürgerlicher Seite mehr Transparenz gewünscht. Das ist auch gut so, aber man sollte auch einmal bei sich selbst anfangen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Dieses Thema ist nicht ganz neu, es wurde in diesem Rat schon mehrfach diskutiert, und die Regierung hat die Haltung dieses Rates diesbezüglich umgesetzt. Wer Mühe hat, sich zu informieren, hat die Möglichkeit, sich auf die offiziellen Unterlagen zu beschränken. Diese erreichen einen sehr hohen Grad an Objektivität. Die Antwort zu Frage 1 wurde als abenteuerlich bezeichnet. Ich stelle nicht fest, dass immer die Kampagne mit den meisten finanziellen Mitteln erfolgreich ist – glücklicherweise nicht. Es gab sehr viele politische Kampagnen, Wahlen und Abstimmungen, in die sehr viel Geld investiert wurde und der Erfolg trotzdem ausblieb. Ganz so abenteuerlich ist die Haltung der Regierung also nicht. Wenn ich die Voten zu diesem Thema analysiere, stelle ich fest, dass die Haltung ihres Rates keineswegs eindimensional ist. Das akzeptieren wir natürlich auch. Wenn nun jemand meint, die Regierung müsse die Haltung des Parlaments umsetzen, wäre das ein relativ schwieriges Unterfangen. Das Bemühen der Bundesverfassung finde ich in diesem Zusammenhang etwas hochgegriffen. Wir stellen fest, dass die Haltungen zu diesem Thema sehr unterschiedlich sind.